

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

63. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. November 2002, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Holger Astrup (SPD)

i.V. von Anna Schlosser-Keichel

Jutta Schümann (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i. V. von Irene Fröhlich

Weitere Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 15/2249	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2255	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2220	
b) Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Schleswig-Holstein	
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	10
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/578	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1768	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG - des Landes Schleswig-Holstein	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/1834	

- 5. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG) 13**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2024
- 6. Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements auf der Nord- und Ostsee sowie zu der Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen zwischen dem Bund und den Küstenländern 14**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1999
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Gesetzes über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz) 16**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2154
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage 17**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2068
- 9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) 18**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1592
- 10. Die Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ 19**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2080

-
- 11. Sportförderung für Jungen und Mädchen, Männer und Frauen** **20**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2079
- 12. Bisheriger Vollzug der Landesverordnung zur Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefahrhundeverordnung) vom 28. Juni 2000** **21**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1958
- 13. a) Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016** **22**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1566
- b) Olympiabewerbung 2012**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2087
- 14. Auswirkungen der steuerlichen Mindereinnahmen auf die Polizei** **23**
- Mündlicher Bericht der Landesregierung
- 15. Überprüfung der Baugebührenverordnung** **24**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1930
- 16. Schutz und Hilfe der Opfer von Straftaten** **25**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1579

17. Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität	26
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1713	
18. Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	27
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1817	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2123	
19. Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt	29
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2077	
20. Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein	30
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/2139	
21. Terminplanung für das erste Halbjahr 2003	31
hierzu: Umdruck 15/2646	
22. Verschiedenes	32

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und FDP

Drucksache 15/2249

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2255

(überwiesen am 13. November 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Schlie beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung am 4. Dezember. Abg. Astrup unterstützt dies.

Abg. Hildebrand regt an, gemeinsam mit dem Finanzausschuss eine Anhörung des DGB, des DBB, des UVNord, des Bundes der Steuerzahler und des Präsidenten des Landesrechnungshofs durchzuführen.

Abg. Puls lehnt es ab, zu dem Gesetzentwurf Verbände anzuhören, die nichts mit ihm zu tun hätten. Abg. Schlie schließt sich dem an.

Abg. Astrup weist darauf hin, dass sich auch die Fraktion der FDP externen Sachverständigen versichern könne.

Angestrebt wird, die zweite Lesung in der Dezember-Tagung des Landtages durchzuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2220

(überwiesen am 14. November 2002)

b) Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 14. November 2002 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes in Schleswig-Holstein abschließend zur Kenntnis.

Abg. Puls schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Fragen des Abg. Schlie hinsichtlich einer Aufnahme im „verschlankten Verfahren“ beantwortet RL Hinz dahin, dass diese Möglichkeit der direkten Verteilung auf Kreise oder kreisfreie Städte nur in Absprache mit diesen erfolgen solle. Grund für diese Änderung sei die Erfahrung, dass Kreise oder kreisfreie Städte an das Land heranträten und mitteilten, dass sie freie Unterbringungskapazitäten hätten. Um Kosten zu sparen, sollten diese möglichst schnell belegt werden. In derartigen Fällen solle das verschlankte Verfahren Anwendung finden.

Weitere Fragen des Abg. Schlie beantwortet RL Hinz dahin, dass der Personenkreis nach § 25 Abs. 5 auf Anregung der kommunalen Landesverbände aus dem Gesetz herausgenommen worden sei und dass es bezüglich des Personenkreises nach § 25 Abs. 4 a keinen Regelungsbedarf gebe. Zum einen handele es sich bei den so genannten Härtefällen um Einzelfälle, zum anderen in der Regel um einen Personenkreis, der sich in eine bestimmte Umgebung integriert habe. Hier sei eine Verteilung nicht angezeigt.

Abg. Hildebrand fragt nach der Begründung der Streichung von § 5. RL Hinz legt dar, diese Vorschrift sei entbehrlich, weil die gleichen Fördermöglichkeiten auch über § 56 des Bundesvertriebenengesetzes möglich seien.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/578

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803 bis 15/806, 15/812, 15/815, 15/827,
15/828, 15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868,
15/1074, 15/1177, 15/2655

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**,
den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1768

hierzu: Umdrucke 15/2206, 15/2306, 15/2389, 15/2397, 15/2402, 15/2418,
15/2466, 15/2483, 15/2515, 15/2523, 15/2536, 15/2538
(neu), 15/2542, 15/2550, 15/2571, 15/2618, 15/2634,
15/2635, 15/2655

(überwiesen am 15. Mai 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Abg. Lehnert bittet um Vertagung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Sitzung am 4. Dezember. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Angestrebt wird, die zweite Lesung in der Dezember-Tagung des Plenums durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes -
KAG - des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1834

hierzu: Umdrucke 15/2351, 15/2450

(überwiesen am 15. Mai 2002)

Abg. Hildebrand spricht sich dafür aus, dass KAG grundsätzlich zu überarbeiten, schlägt aber vor, um Rechtssicherheit herzustellen, den Komplex Auflösung von Zuschüssen und Beiträgen vorzuziehen.

Abg. Puls schlägt vor, sowohl zum vorliegenden Gesetzentwurf als auch zu den Vorschlägen der Landesregierung eine schriftliche Anhörung durchzuführen. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden. Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin binnen einer Woche benannt werden. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme wird Ende Januar festgelegt.

Abg. Maurus geht auf die Ausführungen von Abg. Hildebrand ein und vertritt die Ansicht, dass keine Rechtsunsicherheit bestehe. In diesem Zusammenhang verweist er auf das Protokoll der Wirtschaftsministerkonferenz vom 2. und 3. Mai 2002. Danach hätten die Wirtschaftsminister eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Sachsen eingerichtet, die zur Wirtschaftsministerkonferenz am 12./13. Dezember konkrete, umsetzungsfähige Vorschläge erarbeiten sollten, und zwar insbesondere zur steuerlichen Gleichbehandlung der privaten und öffentlich-rechtlich tätigen Abwasserentsorger, der Einführung von Abschreibungspflichten bei Aufgabenübertragungen und der Einführung eines Kennziffervergleichs. Diese Vorschläge sollten, wenn man sich über das Thema Auflösung von Zuschüssen und Beiträgen unterhalte, abgewartet werden. Im Übrigen bezweifle er die von Gemeindetag, dem Bund der Steuerzahler und von Haus & Grund vorgebrachte These, dass durch die Auflösung von Zuschüssen und Beiträgen der Beitragszahler kostengünstiger gestellt werde. Nicht beachtet sei hier nämlich die tatsächliche Abschreibungsdauer. Die Verlängerung des Gebührenkalkulationszeitraumes halte er für sinnvoll. Unproblematisch sei sicherlich auch die Aufnahme von Bioabfall und Sperrmüll in die Gebührenkalkulation. Über eine Aufnahme von Planungskosten für nicht realisierte Planungen müsse sicherlich gestritten werden. Beim Thema Auflösung von Zuschüssen und Beiträgen sehe er erheblichen Klärungsbedarf. Im

Übrigen schlage er vor, der schriftlichen Anhörung eine mündliche Anhörung folgen zu lassen. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Als Termin dafür legt er Mittwoch, den 12. Februar 2003, fest.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2024

(überwiesen am 13. September 2002 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Vorschlag von Abg. Puls empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements auf der Nord- und Ostsee sowie zu der Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen zwischen dem Bund und den Küstenländern

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1999

(überwiesen am 13. September 2002)

Abg. Puls schlägt vor, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Abg. Maurus erklärt, auch die CDU-Fraktion sehe den Gesetzentwurf als zustimmungsfähig an, wengleich er betone, dass dies vor dem Hintergrund des einstimmig im Landtag gefassten Beschlusses nur ein erster Schritt sein könne.

Auf eine Frage des Abg. Maurus antwortet RL Fuß, das Havariekommando sei eine Behörde sui generis, gegründet auf das Rechtsinstitut der Organleihe. Sie unterliege der Aufsicht aller vertragsbeteiligten Küstenländer und des Bundes und je ungeschmälert. Die Dienstaufsicht liege bei allen Bundesländern und dem Bund gemeinsam. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion sei eine derjenigen Institutionen, die im Havariefall ihre Einrichtungen zur Verfügung stelle; sie habe keine Weisungsbefugnis.

Auf eine weitere Frage des Abg. Maurus legt PHK Berger dar, die Zuständigkeit des Havariekommandos für die inkommunalisierten Gebiete sei nicht von vornherein gegeben. Es werde aber angestrebt, entsprechende Vereinbarungen mit den Kreisen abzuschließen.

Im Folgenden beschäftigt sich der Ausschuss mit der Frage der Brandbekämpfung auf See. In diesem Zusammenhang macht PHK Berger deutlich, dass nun sowohl für den Bereich der Ostsee als auch für den Bereich der Nordsee entsprechende Vereinbarungen bestünden und sich ein Gesetz für die Brandbekämpfung für Nord- und Ostsee in Vorbereitung befinde, in das alle bestehenden Vereinbarungen aufgenommen werden sollten. Die Vertreter der Fraktion der CDU und Abg. Spoorendonk plädieren dafür, in das Konzept der Brandbekämpfung im Bereich der Nordsee die Feuerwehr in Husum einzubeziehen. Die Vertreter der Fraktion der CDU regen an, auch das Konzept der Kreisfeuerwehr Nordfriesland in die Betrachtungen

einzu beziehen. PHK Berger merkt dazu an, bisher sehe das Konzept zur Brandbekämpfung vor, in der Regel Berufsfeuerwehren einzusetzen. Diese minderten das Risiko der Eigengefährdung der eingesetzten Feuerwehrkräfte. Sie seien ständig einsatzbereit und könnten entsprechende Verlastungen vornehmen.

Abg. Schlie regt an, sich in der Sitzung am 4. Dezember 2002 intensiv mit der Frage des Brandschutzes zu beschäftigen. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Abg. Hentschel bittet die Landesregierung um Übermittlung einer Übersicht darüber, welche der Beschlüsse des Landtages zum Thema Sicherheit auf Nord- und Ostsee abgearbeitet sind.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Gesetzes über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2154

(überwiesen am 9. Oktober 2002)

- Verfahrensfragen -

Auf Anregung von Abg. Schlie beschließt der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführerin binnen einer Woche benannt werden. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme wird Ende Januar festgelegt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2068

(überwiesen am 12. September 2002)

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs der Landesregierung zurückzustellen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1592

hierzu: Umdrucke 15/2012, 15/2018, 15/2022, 15/2024, 15/2033, 15/2051,
15/2103, 15/2137, 15/2138, 15/2139, 15/2162, 15/2163

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Lehnert beantragt Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Sitzung am 4. Dezember. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Angestrebt wird, die zweite Lesung in der Dezember-Tagung des Landtages durchzuführen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Die Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2080

(überwiesen am 11. Oktober 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Sportförderung für Jungen und Mädchen, Männer und Frauen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2079

(überwiesen am 11. Oktober 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Bisheriger Vollzug der Landesverordnung zur Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefährhundeverordnung) vom 28. Juni 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1958

(überwiesen am 13. September 2002)

Auf die Frage von Abg. Puls, ob es die Landesregierung für richtig halte, der Anregung zu folgen, auf bundesgesetzliche oder landesgesetzliche Ebene initiativ dahin zu werden, eine Hundehaftpflichtversicherung einzuführen, antwortet AL Dr. Lutz, es seien Vorgespräche mit der Versicherungswirtschaft geführt worden. Dabei sei festzustellen, dass nicht ohne Weiteres unterstellt werden könne, dass für so genannte Problemhunde eine Versicherung auf freiwilliger Basis angeboten werde.

Abg. Puls schlägt vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, die Landesregierung gleichwohl zu ermuntern, weitere Verhandlungen zu führen und dem Ausschuss zeitnah ein Ergebnis vorzulegen. Dabei halte er es für sinnvoll, eine Haftpflichtversicherung nicht nur für so genannte Gefahrhunde, sondern für alle Hunde einzuführen.

Abg. Hentschel schließt sich den Ausführungen von Abg. Puls an.

Abg. Hildebrand legt dar, seiner Fraktion sei zugetragen worden, dass es einen Tötungsfall eines Schäferhundes gegeben habe, der in der Statistik nicht aufgeführt sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

a) Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1566

hierzu: Umdrucke 15/2321, 15/2489

(überwiesen am 22. März 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Olympiabewerbung 2012

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2087

(überwiesen am 13. September 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Puls wendet sich dem Antrag der Fraktion der CDU zu und begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion mit der aktuellen Haushaltslage.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Bezüglich des Antrags der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den Antrag abzulehnen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Auswirkungen der steuerlichen Mindereinnahmen auf die Polizei

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 21. Juni 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Überprüfung der Baugebührenverordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1930

(überwiesen am 19. Juni 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Puls trägt vor, angesichts der Haushaltssituation des Landes und im kommunalen Bereich lehne seine Fraktion diesen Antrag ab.

Abg. Schlie führt an, es gehe nicht darum, pauschal Gebühren zu senken, die angemessen wären, sondern darum, unangemessene Erhöhungen auf das angemessene Maß zurückzuschrauben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Punkt 16 der Tagesordnung:

Schutz und Hilfe der Opfer von Straftaten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1579

hierzu: Umdrucke 15/2013, 15/2017, 15/2023, 15/2027, 15/2089, 15/2101,
15/2125, 15/2126, 15/2129, 15/2144, 15/2148, 15/2149,
15/2217

(überwiesen am 22. Februar 2002)

Abg. Puls fragt nach der von der Ministerin zugesagten Aufstellung über Organisationen, die Opfer von Straftaten unterstützen. Ref. Tschanter legt dar, das Ministerium habe angekündigt, eine entsprechende Aufstellung bis Ende des Jahres vorzulegen.

Punkt 17 der Tagesordnung:

Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1713

hierzu: Umdrucke 15/2184, 15/2214, 15/2230, 15/2270, 15/2298, 15/2304,
15/2307, 15/2337, 15/2340, 15/2343, 15/2355, 15/2357,
15/2359, 15/2361, 15/2366, 15/2367, 15/2380, 15/2382,
15/2384, 15/2386, 15/2416, 15/2446, 15/2456, 15/2478,
15/2482, 15/2553

(überwiesen am 20. März 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Sozialausschuss)

Der Ausschuss bittet den beteiligten Sozialausschuss, ihm ein Votum zuzuleiten.

Punkt 18 der Tagesordnung:

Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1817

(überwiesen am 12. September 2002 zur abschließenden Beratung)

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/2123

(überwiesen am 12. September 2002 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Hentschel schlägt vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen und bezüglich des Antrags der Abgeordneten des SSW Nummer 1 abzulehnen und Nummer 2 und 3 zuzustimmen.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, auch Nummer 1 des Antrags zuzustimmen.

Abg. Schlie problematisiert Nummer 3 des Antrags des SSW insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Lage des Landes.

In einer kurzen Diskussion über das Erfordernis einer jährlichen Berichtspflicht an den Landtag verweist Abg. Schlie auf die gerade erfolgte Änderung der Kommunalverfassung und der darin eingeführten Pflicht der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund gehe er davon aus, dass im Land Schleswig-Holstein der gesetzlichen Vorschrift Genüge getan werde; eine Berichterstattung darüber sei nicht notwendig.

Auch Abg. Hildebrand spricht sich gegen eine automatische Berichtspflicht aus.

Nach einer kurzen Diskussion fasst der Ausschuss folgende Beschlüsse:

Der Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1817, wird einstimmig abschließend zur Kenntnis genommen.

Nummer 1 des Antrags Drucksache 15/2123 wird einstimmig abgelehnt.

Nummer 2 des Antrags Drucksache 15/2123 wird einstimmig angenommen.

Nummer 3 des Antrags Drucksache 15/2123 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Punkt 19 der Tagesordnung:

Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2077

(überwiesen am 9. Oktober 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 20 der Tagesordnung:

Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2139

(überwiesen am 9. Oktober 2002 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU abschließend zur Kenntnis.

Punkt 21 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2003

hierzu: Umdruck 15/2646

Die aus Umdruck 15/2646 ersichtlichen Terminvorschläge werden vom Ausschuss gebilligt.

Die Ausschussmitglieder beauftragen die jeweiligen Sprecher der Fraktionen, eine Terminliste für die Beratungen des Themas Verwaltungsstrukturreform zu erarbeiten.

Punkt 22 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hildebrand beantragt, in einer der nächsten Sitzungen den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Wahlgesetzes auf die Tagesordnung zu setzen. Angestrebt werden soll, die zweite Lesung in der Dezember-Tagung des Landtages durchzuführen.

Im Folgenden verständigt sich der Ausschuss auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses zum Thema Verwaltungsstrukturreform.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Monika Schwalm
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin